



Queere Jugendverbandsarbeit ist Kinderrecht, Kinderschutz und demokratische Beteiligung

Positionspapier von QUEST – Queeres Stade e. V. zur Kündigung der Rahmenvereinbarung mit dem Jugendnetzwerk Lambda e. V.

Beschlussdatum: 15.07.2026

Verantwortlich: Amadeus Schwone

(Erster Vorsitz von QUEST – Queeres Stade e. V.)

Lisa Allers

(Stellvertretender Vorsitz von QUEST – Queeres Stade e.V.)

Anlass

Das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat die Rahmenvereinbarung mit dem Jugendnetzwerk Lambda zum Ende des Jahres 2026 gekündigt.

Nach Angaben des Jugendnetzwerks und des Deutschen Bundesjugendrings erfolgte diese Entscheidung ohne vorherige Ankündigung und ohne mitgeteilte Begründung. Lambda erklärt zudem, dass seine Sachberichte der vergangenen Jahre ohne Beanstandungen geprüft und seine Arbeit fachlich anerkannt worden sei. Eine ausführliche öffentliche Begründung des Ministeriums, anhand derer die Entscheidung nachvollziehbar geprüft werden könnte, liegt bislang nicht vor⁽¹⁾.

QUEST – Queeres Stade e. V. verurteilt die Entscheidung in aller Deutlichkeit.

Wir sehen darin:

- einen politischen Affront gegen queere junge Menschen,
- eine massive Schwächung ihrer Selbstorganisation,
- einen Angriff auf bestehende Beratungs-, Schutz- und Beteiligungsstrukturen,
- eine Schwächung von Teilen des präventiven Kinder- und Jugendschutzes,
- und eine Entscheidung, die wesentliche kinderrechtliche Fragen aufwirft.



Diese Begriffe sind politische Werturteile über die Wirkung der Entscheidung. Wir unterstellen weder eine strafbare Handlung noch behaupten wir als Tatsache, dass Bundesministerin Karin Prien persönlich die Absicht verfolge, queeren Kindern Schaden zuzufügen.

Bedeutung der Rahmenförderung

Die Kündigung betrifft nicht lediglich die Finanzierung einer einzelnen Veranstaltung. Es betrifft eine bundesweite Rahmenförderung.

Eine bundesweite Rahmenförderung ermöglicht:

- langfristige Personalplanung,
- dauerhafte Erreichbarkeit,
- fachliche Kontinuität,
- Begleitung ehrenamtlicher Strukturen,
- bundesweite Vernetzung,
- Qualitätssicherung,
- und verlässliche politische Interessenvertretung.

Der Deutsche Bundesjugendring erklärt, dass alternative Fördermöglichkeiten eine langfristige und verlässliche Rahmenvereinbarung nicht ersetzen könnten⁽²⁾.

Die Bundesregierung bezifferte die für 2025 erwartete Förderung Lambdas auf 377.954 Euro aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes. Diese Zahl verdeutlicht die strukturelle Größenordnung, darf jedoch nicht ungeprüft als exakte Summe für 2026 fortgeschrieben werden⁽³⁾.



Lambda als demokratische Selbstorganisation

Lambda wurde 1990 gegründet und ist eine bundesweite Selbstorganisation queerer junger Menschen. Der Verband verbindet Unterstützung mit Beteiligung: Junge Menschen erhalten nicht nur Angebote, sondern gestalten sie mit, übernehmen Verantwortung und vertreten ihre Interessen selbst⁽¹⁾.

Zu den Angeboten zählen nach Angaben Lambdas:

- Fach- und Peerberatung,
- Bildungs- und Empowermentarbeit,
- Jugendbegegnungen,
- digitale Angebote,
- politische Interessenvertretung,
- und die Qualifizierung Ehrenamtlicher.

Mehr als 1.000 Jugendliche sind nach Angaben des Verbandes bereits bei „lambda space“ registriert⁽⁴⁾.

Eine solche Struktur ist nicht nur ein Dienstleistungsanbieter. Sie ist ein Ort demokratischer Beteiligung.

Queere Jugendverbandsarbeit und Kinderschutz

Kinderschutz umfasst mehr als die Intervention nach bereits eingetretener Gewalt.

Präventive Schutzarbeit stärkt Faktoren, die Gewalt, Isolation und Hilflosigkeit entgegenwirken können:

- soziale Zugehörigkeit,
- Wissen über eigene Rechte,
- sichere Ansprechpersonen,
- Selbstwirksamkeit,
- Zugang zu Beratung,
- und Weitervermittlung in spezialisierte Hilfen.



Queere Jugendverbände ersetzen keine staatlichen Schutzbehörden. Sie können aber junge Menschen erreichen, die sich gegenüber örtlichen Einrichtungen, Familienangehörigen oder anderen Erwachsenen zunächst nicht öffnen können.

Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes beschreibt für queere und intergeschlechtliche Jugendliche besondere Risiken – darunter Gewalt, Stigmatisierung, Diskriminierung, Mobbing, Bildungsausschluss und fehlende familiäre Unterstützung. Er fordert wirksame Sicherheits- und Unterstützungsmaßnahmen⁽⁵⁾.

Lambda geht diese Sicherheits- und Unterstützungsmaßnahmen an.

Deshalb halten wir folgende Aussage für fachlich und politisch gerechtfertigt:

Die ersatzlose Schwächung einer bundesweiten queeren Jugendverbandsstruktur schwächt einen Teil des präventiven Kinder- und Jugendschutzes.

Kinderrechtliche Dimensionen

Die Entscheidung berührt insbesondere folgende Kinderrechte:

Artikel 2 – Nichtdiskriminierung

Staatliches Handeln muss alle Kinder und Jugendlichen diskriminierungsfrei einbeziehen.

Artikel 3 – Kindeswohl

Die Folgen für betroffene junge Menschen müssen ein wesentlicher Gesichtspunkt der Entscheidung sein.

Artikel 12 – Beteiligung

Junge Menschen müssen bei Angelegenheiten, die sie erheblich betreffen, gehört werden.

Artikel 15 – Vereinigungsfreiheit

Jugendliche dürfen eigene Organisationen bilden und ihre Interessen gemeinsam vertreten.



Artikel 19 – Schutz vor Gewalt

Der Staat muss wirksame Maßnahmen gegen körperliche und psychische Gewalt, Diskriminierung und Mobbing ergreifen.

Artikel 24 – Gesundheit

Diskriminierungsfreie Informationen, Beratung und erreichbare Hilfen sind Teil einer kinder- und jugendgerechten Gesundheitsförderung.

Artikel 29 – Persönlichkeitsentwicklung

Kinder- und Jugendpolitik muss die freie Entwicklung der Persönlichkeit und die Achtung der Menschenrechte fördern.

Ein konkreter Rechtsanspruch Lambdas auf unveränderte Förderung lässt sich daraus nicht ohne Weiteres ableiten. Sehr wohl ergibt sich daraus aber die eindeutige und unverkennbare Pflicht, die Folgen der Entscheidung transparent, verhältnismäßig und kinderrechtsorientiert abzuwägen.

Internationale Standards

Die UNESCO dokumentiert erhebliche Belastungen queerer und intergeschlechtlicher Schüler:innen. In einer europäischen Erhebung berichteten 54 Prozent von Mobbing Erfahrungen; 83 Prozent hatten negative Bemerkungen wahrgenommen und 67 Prozent waren selbst Ziel entsprechender Bemerkungen geworden⁽⁶⁾.

Diese Zahlen zeigen:

Queere Jugendhilfe reagiert nicht auf eine abstrakte Debatte, sondern auf konkrete Risiken.

Die UNESCO fordert sichere und inklusive Bildungsumgebungen, qualifizierte Fachkräfte und wirksame Unterstützungsstrukturen. Sie verlangt nicht die Förderung eines bestimmten deutschen Verbandes. Ihre Standards sprechen jedoch gegen eine Politik, die vorhandene Unterstützungsstrukturen ohne nachvollziehbaren Ersatz schwächt⁽⁷⁾.



Parlamentarische Angriffe und politische Normalisierung

Lambda und seine Förderung wurden wiederholt parlamentarisch problematisiert.

Im Oktober 2024 wurde ausdrücklich nach der Bundesförderung Lambdas gefragt. Im April 2025 wurde ein einzelner Beitrag des Jugendmagazins aufgegriffen. Die Bundesregierung betonte damals das Prinzip der freien Trägerschaft und erklärte, mit Lambda bestehe ein offener und konstruktiver Fachaustausch⁽⁸⁾.

Wir behaupten nicht, dass Karin Prien aufgrund einer direkten AfD-Weisung gehandelt habe. Eine solche Verbindung ist nicht belegt.

Wir stellen jedoch fest:

Die Kündigung erzeugt faktisch ein politisches Ergebnis, auf das die vorherige Delegitimierung Lambdas und die Infragestellung seiner öffentlichen Förderung zielten.

Eine Brandmauer besteht für uns nicht nur aus dem Verzicht auf formelle Zusammenarbeit.

Sie verlangt auch, dass demokratische Parteien:

- die Feindbilder der extremen Rechten nicht übernehmen,
- Minderheitenschutz nicht taktisch relativieren,
- demokratische Zivilgesellschaft nicht unter pauschalen Verdacht stellen,
- und rechtsextreme Problemdefinitionen nicht in Verwaltungshandeln überführen.

Die AfD muss nicht selbst regieren, wenn andere Parteien ihre Deutungsmuster normalisieren und die daraus folgenden Maßnahmen umsetzen.

Wir sehen in der Lambda-Entscheidung daher eine **funktionale Beschädigung der inhaltlichen Brandmauer**.



Verantwortung von Bundesministerin Karin Prien

Karin Prien ist seit Mai 2025 Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend und seit 2022 stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende⁽⁹⁾.

Als zuständige Ministerin trägt sie die politische Verantwortung für die Förderpolitik ihres Hauses.

Das Ministerium stellt selbst fest, dass der Alltag queerer Menschen weiterhin nicht frei von Vorurteilen, Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt ist⁽¹⁰⁾.

Umso größer ist der Erklärungsbedarf, wenn ausgerechnet eine bundesweite Selbstorganisations- und Unterstützungsstruktur queerer junger Menschen ihre Rahmenförderung verliert.

Wir halten fest:

Wir kritisieren die bisherigen Entscheidungen und politische Schwerpunktsetzungen unter der Verantwortung Karin Priens, die queere Strukturen schwächen oder deren Schutzinteressen aus unserer Sicht nicht ausreichend berücksichtigen.
Wer Schutzräume für queere Menschen schwächt, trägt Verantwortung für die Folgen.

Unsere Forderung

Wir fordern Bundesministerin Karin Prien und das zuständige Bundesministerium auf:

1. die Kündigung auszusetzen;
2. alle entscheidungserheblichen Förderkriterien offenzulegen;
3. mitzuteilen, ob konkrete fachliche oder zugewandungsrechtliche Beanstandungen festgestellt wurden;
4. eine nachvollziehbare kinderrechtliche Folgenabschätzung vorzulegen;
5. Lambda und betroffene junge Menschen anzuhören;
6. eine dauerhaft tragfähige Strukturförderung sicherzustellen;
7. eine bestehende Struktur erst dann zu verändern, wenn eine tatsächlich gleichwertige Anschlusslösung bereitsteht;



8. sich öffentlich und eindeutig zur Legitimität queerer Jugendverbandsarbeit zu bekennen;
9. darzulegen, wie bundesweite Beratung, Beteiligung und Erreichbarkeit künftig gewährleistet werden sollen;
10. die politische Entscheidung unter Beteiligung des Deutschen Bundestages transparent zu überprüfen.

Schlussfolgerung

Queere Kinder und Jugendliche sind keine Nebenposition im Bundeshaushalt.

Ihre Rechte auf Schutz, Gesundheit, Beteiligung, Nichtdiskriminierung und Persönlichkeitsentwicklung benötigen erreichbare Strukturen.

Förderprogramme dürfen überprüft werden. Öffentliche Mittel müssen transparent, wirtschaftlich und fachlich verantwortbar eingesetzt werden.

Aber auch die Beendigung einer Förderung muss:

- nachvollziehbar,
- verhältnismäßig,
- diskriminierungsfrei,
- kinderrechtsorientiert,
- und politisch verantwortbar sein.

Diese Voraussetzungen sind für die Öffentlichkeit bislang nicht ausreichend erkennbar erfüllt.

Deshalb fordert QUEST – Queeres Stade e. V.:

Setzen Sie die Kündigung aus. Legen Sie die Gründe offen. Hören Sie die Betroffenen an. Prüfen Sie die Folgen für Kinderschutz und Kinderrechte. Und sichern Sie die bundesweite queere Jugendverbandsarbeit dauerhaft ab.



QUEST – Queeres Stade e.V.

QUEST – Queeres Stade e.V. | Poststraße 21 | 21682 Stade

Quellen

(1)

<https://lambda-online.de/wp-content/uploads/2026/07/Pressemeldung-Jugendnetzwerk-Lambda.pdf>

(2)

<https://www.dbjr.de/artikel/bundesjugendring-kritisiert-kuendigung-der-rahmenvereinbarung-mit-jugendnetzwerk-lambda>

(3)

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/135/2013511.pdf>

(4)

<https://lambdaspace.de/lambda-retten/>

(5)

<https://docstore.ohchr.org/SelfServices/FilesHandler.ashx?enc=37Txlh0CgOo2tWmnH8UH4xB7hukgWie26PmkGnawm%2BVp%2F5sjG2CjvEJgyitUHwlbxWr%2Ba8NKPcxOAk8UOqfH2w%3D%3D>

(6)

<https://www.unesco.org/en/articles/over-half-lgbtqi-students-europe-bullied-school-says-unesco-report>

(7)

<https://unesdoc.unesco.org/ark%3A/48223/pf0000377361>

(8)

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/135/2013511.pdf>

(9)

<https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/ministerium/ministerin-hausleitung/ministerin>

(10)

<https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/themen/gleichstellung/sexuelle-und-geschlechtliche-vielfalt/projektfoerderungen/lbtqi-aufklaerung-und-beratung-foerdern-73926>